

der funke



Zeitung der Bad Kreuznacher DKP

Extrablatt 20.07.2016

Gegen Agenda 2010 in **Blau Weiß Rot**:

Millionen verteidigen Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte in Frankreich – und damit auch unsere in Deutschland!

Seit Monaten reißen die Proteste in Frankreich nicht ab. So waren z.B. am 31. März schon 1,2 Millionen Menschen in 260 Städten auf der Straße. Studentinnen und Studenten, Schülerinnen und Schüler, Lohnabhängige, Beschäftigungslose und Rentnerinnen und Rentner, die Gewerkschaften CGT, FO, FSU, Solidaires, UNEF, UNL und FIDL wehren sich gegen das, was in unseren Medien verharmlosend „Arbeitsmarktreform“ genannt wird. Linke Parteien, voran die Kommunistische, unterstützen sie dabei gegen das Vorhaben der „Sozialisten“, der Schwesterpartei der SPD.



Am 15. Juni z.B. waren alleine in Paris wieder eine Million auf der Straße, trotz Fußball und massiven Polizeiattacken gegen die Demonstrierenden. Hier hörte und las man wieder nur von „einigen

Zehntausenden“. Hollande, dem die parlamentarische Mehrheit für die Gesetzesänderungen fehlt, will das Gesetz auch ohne Parlamentsmehrheit mit einer Art „Notverordnung“ erlassen. Es geht also auch um die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie.

Die Angriffe richten sich gegen den Kündigungsschutz, die 35-Stunden-Woche, Überstundenregelungen und Arbeitsschutz. Hier soll mit betrieblichen Ausnahmeregelungen ein tarifpolitischer Flickenteppich geschaffen werden wie in Deutschland, wo die Geltung von Branchentarifverträgen ausgehöhlt wurde. Das entspricht dem Vorhaben der EU-Kommission, die Gewerkschaften durch Verlagerung tarifvertraglicher Kompetenzen auf die Betriebsebene zu schwächen. Wobei es hier nicht um einen Amoklauf von EU-Bürokraten geht, sondern um die Umsetzung einer Politik, die ohne das Ja, Oui oder Si von Merkel, Hollande und Renzi nicht denkbar wäre.

Kämen die Bosse in Frankreich und Belgien hiermit durch, es dauerte nicht lange, bis bei uns wieder die Klage über die angeblich gesunkene Konkurrenzfähigkeit und der Ruf nach weiterem Sozialabbau, einer Agenda 2020, erschallen würden.

Die französischen Kolleginnen und Kollegen kämpfen auch in unserem Interesse. Sie haben unsere Solidarität verdient, auch im ureigensten Interesse von über 30 Millionen abhängig Beschäftigten in Deutschland.

Gewerkschaft ver.di solidarisch:

„Wir verurteilen nachhaltig die zunehmend brutalen Polizeieinsätze gegen die Protestierenden, die Demonstrationsverbote sowie menschenrechtswidrigen Maßnahmen und Hausarreste“, heißt es in der Resolution des Gewerkschaftsrats von ver.di, dem höchsten Gremium zwischen den Kongressen. Und weiter: „Parallelen der französischen Gesetzgebung zur deutschen Agenda-Politik sind unübersehbar“. Der aggressive Angriff auf die Rechte der Beschäftigten „schwächt die Gewerkschaften und setzt die betrieblichen Vertretungen massiv unter Druck“ „Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf alle!“ Daher unterstütze ver.di die Proteste ... in Frankreich.

<https://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++8de2795e-3df1-11e6-bd2e-52540059119e>

Agenda 2010 in Deutschland - Rückblick auf mehr als 10 Jahre Sozialabbau

In Frankreich soll eine Art Agenda 2010 durchgesetzt werden, wie es in Deutschland bereits ab 2003 eingeführt wurde. Doch was war das nochmal und was hatte und hat es für Auswirkungen für die arbeitende Bevölkerung?

Die Agenda 2010 wurde 2003 bis 2005 von der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder und Fischer durchgesetzt und ist besonders durch die Hartz-Gesetze mit Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, völlig entgrenzten Befristungen und Leiharbeit bekannt. Dies führte vor allem zu steigender Armut von Erwerbslosen durch Wegfallen wichtiger Leistungen. Während sich bis 2003 die Arbeitslosenhilfe an der Höhe des vorangegangenen Gehaltes orientierte, wechselte dies zu einer oft sehr viel geringeren Grundsicherung in Höhe des Existenzminimums, die sich an einem errechneten Durchschnittsbedarf ohne Bedürftigkeitsprüfung orientiert. Durch ein striktes Sanktionssystem wird der bereits sehr niedrige Regelsatz von aktuell ca. 404 € für viele noch weiter gesenkt. Dies wirkt sich negativ auf die Löhne aller aus und schließt die Betroffenen weitgehend vom gesellschaftlichen

Leben aus. Wer in Hartz IV landet, nimmt eher eine Arbeit für ein niedrigeres Gehalt als vor der Arbeitslosigkeit an. Tut der Betroffene das nicht freiwillig, kann er zu einer Arbeit gezwungen werden, die bis zu einem Drittel unter Tariflohn liegt. Dies schwächt die Gewerkschaften und hilft statt den Arbeitslosen allenfalls der Arbeitslosenstatistik. Hier sind wiederum besonders Frauen benachteiligt, insofern diese in einer Bedarfsgemeinschaft leben, da sie als nicht bedürftig eingeschätzt werden und somit bei Einführung von Hartz IV zu Hunderttausenden aus Bezug und Statistik fielen. Der Niedriglohnsektor wurde erst durch die Agenda 2010 etabliert und hat sich in vielen Branchen bereits als Normalarbeitsverhältnis durchgesetzt. Dazu gehören u.a. Zeit- und Leiharbeit, sowie die Scheinselbstständigkeit. Welche Auswirkungen das auf das Rentensystem hat, wird im nächsten Abschnitt dargelegt.

Hartz IV, die „Verschmelzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem niedrigen Niveau der Sozialhilfe“, ist also Kern der Agenda. Durch eine Vielzahl an weiteren Regelungen in den Bereichen der Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik wurde eine Reform erschaffen, die sich gegen die arbeitende Bevölkerung richtet und den mittleren und großen Konzerne größere Profite beschert.

Nicht die Demographie – die ungerechte Verteilung erzeugt das Rentenproblem!

Finden Sie es auch blöd, daß – geht es um Renten – Alt gegen Jung ausgespielt wird? Jede Familie verbindet naturgemäß verschiedene Generationen, jede/r von uns wird irgendwann alt, jede Generation „beerbt“ die vorangehenden weitgehend – auch kulturell und ideell – und jede leistet ihren Beitrag für den ökonomischen Wohlstand. Seit die Welt steht, hat die aktive Generation die mitversorgt, die noch nicht arbeiten können, sowie die, die es nicht mehr können.

Die heutige Jugend ist die 1. Generation, der es wirtschaftlich schlechter geht als jener davor. Aber das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt doch weiter, und die Wertschöpfung durch Arbeit ebenso. Allein dies deutet auf eine Schiefelage, nicht bei „Geburtenzahlen“ oder „Alterspyramide“, sondern eben bei der Verteilung hin.

Zu Marx' Zeiten mußten Werkarbeiter 14 – 16 Std. malochen, um einen Bruchteil der heutigen vergleichbaren Produktmenge zu erzeugen. Jeder weiß, wie der technische Fortschritt die Produktivität steigen läßt – z. T. um Größenordnungen. Vor 200 Jahren waren ca. 90% der Bevölkerung hierzulande Bauern, vor 65 Jahren ca. 7%, heute sind es knapp 2%! Und trotzdem sind die Regale der Supermärkte voller Lebensmittel. BIP steigt sogar trotz des tendenziell abnehmenden Arbeitsvolumens – die steigende Produktivität macht es möglich! Warum müssen „Opfer gebracht“ werden, wenn das BIP steigt? Warum reicht die Rente immer weniger, obwohl das BIP und die Wertschöpfung steigen?

Die Lohnquote (Anteil der Löhne am Volkseinkommen) sinkt seit Jahrzehnten tendenziell zugunsten der Unternehmens-

und Vermögenseinkommen. Da Rentenbeiträge nur aus Löhnen und Gehältern fließen, liegt es an der Hand, daß man die Lohnquote erhöhen muß – durch höhere Löhne und mehr anständige Arbeitsplätze. Hunderttausende sozialversicherungspflichtige Stellen wurden in Minijobs – Abgabensparprogramm für Arbeitgeber – zerschlagen. Auch billigere Leiharbeit reißt Löcher in die Rentenkasse, bei Werkverträgen fließen gar keine Beiträge rein.

Reicht meine Rente noch zum Leben? Horrormeldungen überschlagen sich, und „Wunderrezepte“ der Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik werden immer krasser: heute 45-Jährige „dürfen garantiert“ bis 67 arbeiten und dabei massiv privat vorsorgen, aber womöglich gar bis 70 (so Schäuble jüngst). Ja, das ist Rentenkürzung, Rentenklau: mehrere Jahre länger arbeiten, um den bereits erworbenen Anspruch zu erreichen – oder Abschlüge hinnehmen, also bei der gleichen eigenen Leistung mit weniger auskommen!

Die Beitragserhöhung ist auch im Gespräch. Diese würde ebenso einseitig jene bestrafen, die die Rentenkasse füllen. Wenn die jetzige wirtschaftliche und politische Entwicklung (nicht die „Sachzwänge“, sondern das bewußte Handeln der Verantwortlichen) die Richtung beibehält, wird die Rente nicht und nimmer zum Leben reichen, es wird immer weniger übrigbleiben. Also: immer weiter die Betroffenen geld- und arbeitsmäßig schröpfen, sie um die Lebensqualität bringen, oder doch umsteuern? Umsteuern durch höhere Löhne, eine höhere Lohnquote und stärkere Besteuerung von Millioneneinkünften und Milliardenvermögen.

der funke extra, 20. Juli 2016, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP. Kontakt und v.i.S.d.P.:

V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail volker-metzroth@dkp-bad-kreuznach.de, Versand als eMail und Verteilung als Flugblatt in wechselnder Auflage. Weitere Info unter www.dkp-bad-kreuznach.de

Die Bad Kreuznacher DKP trifft sich am 3. Montag des Monats um 19:00 Uhr im Wassersümpfchen 23, 55543 Bad Kreuznach, also demnächst am 15. August und 17. Oktober 2016, aber schon am 12. September (nicht 19.09.2016)